

## Das geht zu weit!

Von einem bundeseinheitlichen Beherbergungsverbot kann keine Rede sein. Wer am Wochenende nach Hamburg fahren wollte, sollte lieber auf Erfurt umbuchen. Dumm nur, wenn dort nicht die Menschen wohnen, die er eigentlich in Hamburg besuchen wollte.

„Das gilt sofort, unverzüglich.“ Woher kennen wir bloß diesen Satz? Ab heute kann man beispielsweise in München, wenn man aus einem „Risikogebiet“ kommt, nur noch mit einem negativen Corona-Test übernachten. Klugscheißer Söder hat jedoch nicht verraten, wo man innerhalb eines Tages einen Test machen und das Ergebnis gleich mitnehmen kann. Man hätte auch sagen können, gilt nicht sofort, sondern ab 12. oder 16. Oktober. Dann bestünde wenigstens noch eine theoretische Möglichkeit, in Berlin einen Test machen zu lassen.

Ein Neuköllner, der übers Wochenende nach Hamburg reisen und dort in einem Hotel übernachten möchte, hat Pech gehabt. Das Hotel übrigens auch, denn wenn dem Hotel verboten ist, jemand aus einem „Risikogebiet“ aufzunehmen, muss es den bereits gezahlten Übernachtungspreis erstatten.

Wie uns auf Anfrage Hamburgs Senatssprecher **Marcel Schweitzer** mitteilte, trägt Hamburg den Beschluss des Beherbergungsverbots mit. „*Der heutige Beschluss bekräftigt im Wesentlichen den Beschluss vom Sommer. Etwas Neues wurde (entgegen der Annahme vieler Medien) nicht beschlossen. Das Beherbergungsverbot gilt auch in Hamburg. Das bedeutet: die Postleitzahl der Meldeanschrift ist entscheidend. So war es im Sommer auch in Hamburg umgesetzt worden.*“ Da zählten allerdings fünf Berliner Bezirke noch nicht zu den „Risikogebieten.“

Das Beherbergungsverbot ist bei genauer Betrachtung ziemlich schwachsinnig, denn es erfüllt nicht den beabsichtigten Zweck, Hamburger vor ggf. infizierten Neuköllner zu schützen. Unser Beispiel-Neuköllner kann problemlos einen Tagesausflug nach Hamburg ohne Übernachtung machen und den ganzen Tag in der Stadt herumlaufen, Bus fahren, im Restaurant sitzen und alle Museen besuchen. Er kann auch bei Freunden übernachten, bloß nicht im Hotel.

Wenn ein Hamburger auf dem Wege nach München einen Zwischenstopp in Berlin Mitte macht, kann er in der bayerischen Metropole problemlos übernachten, denn er kommt ja ursprünglich aus keinem „Risikogebiet.“ Das Beherbergungsverbot ist eine nicht zu Ende gedachte, rein populistische Maßnahme. Das Infektionsrisiko, das von jemand ausgeht, der in einem Hotel übernachtet, ist geringer als das eines

Tagesbesuchers, der viele Kontakte zu anderen hat. Außerdem ist es völlig unangemessen, Berlin auseinanderzuidividieren. Berlin ist eine so genannte Einheitsgemeinde. Es muss also der Wert für Berlin zugrunde gelegt werden und nicht der einzelner Bezirke. Im Umkehrschluss würde niemand auf die Idee kommen, Bezirke in Hamburg oder Stadtteile in München zu „Risikogebieten“ zu erklären. Bremen beispielsweise gilt insgesamt mit dem Wert von durchschnittlich 58 Infizierten als Gefahrenherd. Es gibt aber viele Stadtteile, in denen dieser Wert nicht erreicht wird. Dennoch steht ganz Bremen auf der Corona-Liste.

Berliner mit einer Postleitzahl aus Neukölln, Mitte, Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf haben derzeit schlechte Karten, wenn sie verreisen wollen. In Thüringen, Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen sind Berliner aus den betroffenen Bezirken nach wie vor willkommen.

Die berühmte Berliner Corona-Ampel zeigt (Stand 07.10.) rot bei der 7-Tage-Inzidenz (42,4 RKI) gelb beim R-Wert und grün bei der Bettenauslastung (3,42%).

Das jetzt ausgerechnet Bayerns Ministerpräsident **Markus Söder** (CSU) auf dicke Backe macht, wenn es ums Berlin-Bashing geht, ist erstaunlich. Seine Staatsregierung hat kläglich bei den Corona-Tests versagt, als es rund 1.000 positiv getestete gab, die, ohne dies zu wissen herumliefen, weil sie nicht informiert wurden. Eine ähnlich klägliche Figur gab gestern Schleswig-Holsteins Ministerpräsident **Daniel Günther** (CDU) ab, als er in den ARD „tagesthemen“ das Beherbergungsverbot zu erklären versuchte, was ihm nicht gelang.

Thüringens Ministerpräsident **Bodo Ramelow** (Linke) gehört zu den wenigen, die Klartext sprechen. Im ZDF sagte er: „*Das was heute beschlossen worden ist, ist Unsinn. Das sage ich schon seit Gütersloh. Wir müssen uns darauf verlassen, dass die Gesundheitsämter gestärkt werden, damit wir besser damit umgehen können. Ich beteilige mich einfach nicht an politischen Entscheidungen, die einer rechtsstaatlichen Prüfung nicht mehr standhalten.*“ Das Beherbergungsverbot sollte dringend juristisch überprüft werden.

Völlig unangemessen ist hingegen die Aufregung bezüglich der Sperrstunde, die ab dem Wochenende in Berlin gilt. Von 23 bis 6 Uhr ist Ende mit Party. Und das ist, so lange von diesen eine große Gefahr ausgeht, auch vollkommen richtig. Dieses Problem ist übrigens importiert. Man muss sich nur anschauen, wer hier in Berlin feiert, am wenigsten die Berliner selbst.

**Ed Koch**